

Landtags-Verhandlungen

des

Fürstenthums Lippe.

36.

Geschehen Detmold am Landtage den 25sten Juli 1849.
Morgens 12 Uhr.

Gegenwärtig die Abgeordneten mit Ausnahme des Abgeordneten Petri II.;
aus Fürstlicher Regierung Herr Geheime Regierungsrath Viderit, Herr
Regierungsrath Feldman und Herr Regierungsrath Meyer.

Das Protocoll der vorigen Sitzung wurde vorgelesen und genehmigt
und sodann vom Präsidenten v. Cölln vorgeschlagen, der Petition der Lage-
schen Lehrerconferenz, welche nach dem Beschlusse in voriger Sitzung bei den
Abgeordneten circuliren solle, auch die Petition der Schiederschen Lehrercon-
ferenz beizufügen, welcher Vorschlag genehmigt wurde.

Sodann wurden folgende Eingänge bekannt gemacht:

- 1) eine Vorstellung und Bitte mehrerer Neuwohner zu Belle, Lange
und Conf., die Neuwohnerlasten betr.;
 - 2) eine Petition der Dorfschaft Belle, Weggeldbefreiung betr.;
- beide eingereicht durch den Abgeordneten Oberbracht.

Hierauf trug der Abgeordnete Hausmann als Berichterstatter den Be-
richt der Commission für die Verfassungsfrage
Anlage 15

vor und bemerkte, der Abgeordnete Petri I. habe sich einen Minderheitsbe-
richt vorbehalten, welcher alsbald einkommen werde.

Nach einiger Debatte, in welcher die Abgeordneten v. Stietenron,
Petri I., Meyer und Leizmann dafür, die Abgeordneten Althof, König und
Hausmann aber dagegen sich erklärten — wurde auch der von der Mehr-
heit der Commission ausgegangene Verfassungs-Entwurf vorgelesen.

Nachdem dieß geschehen, erklärte Herr Geheime Regierungsrath Vi-
derit: die Regierung erwarte vor allen Dingen ein Gutachten des Landtags
über den von ihr proponirten Verfassungsentwurf, denn das Land habe be-
reits eine Verfassung, welche nur ausgebildet zu werden brauche; über die
Regie-

Regierungsvorlagen sich auszusprechen sei ein Recht, aber auch eine Pflicht des Landtags, und ehe dieser genügt sei, werde die Regierung sich auf den Verfassungs-Entwurf der Commission nicht einlassen; man möge also nicht unnöthiger Weise Conflictte herbeiführen.

Abgeordneter Kulemann bemerkte hierauf noch, daß er rücksichtlich des suspensiven Veto und der Frage wegen Auflösung des Landtags Minderheits-erachten noch einbringen werde.

Da die Commission den Druck des Berichts und des Verfassungsentwurfs für erforderlich gehalten, so wurde derselbe angeordnet.

Sodann wurde der Gesetzentwurf, die Aufhebung des §. 2 der Gütergemeinschaftsordnung betr., auch in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Am folgenden Tage werden wichtige Commissionsitzungen stattfinden; es wurde deshalb die nächste Sitzung auf den 27. d. M., Morgens 10 Uhr, anberaumt und als Tagesordnung für dieselbe festgesetzt:

- 1) Bericht der Amnestiecommission;
 - 2) zweite Lesung des Gesetzentwurfs, die Familien-Fideicommissse und Stiftungen betr.;
 - 3) Bericht der Petitionscormission.
- Schluß der heutigen Sitzung 1 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorgelesen und genehmigt.

v. Cölln.

E. König.

Ulrich.

Anlage 15.

B e r i c h t

des

für die Verfassungs-Angelegenheit erwählten Ausschusses,
bestehend aus den Abgeordneten:

Althof.

Petri I.

König.

Böhmer.

Leizmann.

Kulemann.

Meyer.

Hildebrand.

Hausmann.

Vorsitzender: Petri I.

Berichterstatter: Hausmann.

Der Ausschuss hat auf Vorschlag des zum Vorsitzenden erwählten Abgeordneten Petri I. seine Arbeiten damit begonnen, den von Fürstlicher Regierung vorgelegten Entwurf eines Staatsgrundgesetzes vorerst cursorisch durchzugehen, um zuvörderst im Allgemeinen die Ansichten und Wünsche der Mitglieder in Beziehung auf den Inhalt kennen zu lernen und darnach das weiter einzuschlagende Verfahren zu bestimmen.

Eine Zusammenstellung der auf diese Weise bei den einzelnen Paragraphen vorgebrachten Erinnerungen und Bemerkungen, welche von dem zum Protocollführer ernannten Abgeordneten Hildebrand aufgezeichnet wurden,

lieferte

lieferte das Ergebniß, daß der Regierungs-Entwurf nicht geeignet erscheine, den fernern ins Einzelne gehenden Berathungen als Grundlage zu dienen, weil eines Theils, die Form anlangend, keine leitende Grundsätze vorangestellt seyen, woraus sich die übrigen Bestimmungen ableiten und auslegen ließen, überhaupt in dem Ganzen kein genügender logischer Zusammenhang und keine gehörige Absonderung der einzelnen Materien herrsche, wie sie zur Uebersicht im Ganzen und zur Prüfung des Einzelnen erforderlich sey, andern Theils aber auch, was den Inhalt betreffe, die Arbeit nicht von dem Geiste der zu Recht bestehenden Reichsverfassung ausgegangen sey, welche den Verfassungen der Einzelstaaten zum Vorbilde dienen müsse, und insbesondere die Stellung des Volkes nicht diejenige Berücksichtigung gefunden habe, welche ihm nach den in unserm Vaterlande Statt gehabten Vorgängen und nach seiner jetzigen Entwicklungs-Stufe gebühre.

Es wurde deshalb eine aus den Abgeordneten Petri I., Althof und Hausmann bestehende Subcommission mit dem Auftrage niedergesetzt, den von dem Abgeordneten Althof vorgelegten selbstständigen Entwurf zu prüfen oder auch gleichzeitig noch andere Entwürfe zu liefern.

Nach Verlauf von etwa 10 Tagen überreichte dann die Subcommission dem Ausschusse sowohl die Althof'sche Arbeit als auch einen von dem Abgeordneten Hausmann in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Hildebrand aufgestellten neuen Entwurf, welchem der Althof'sche Entwurf, die Regierungsvorlage, sowie die Belgische und Dessau'sche, vorzugsweise aber die Reichsverfassung als Material gedient haben.

Der Hausmann'sche Entwurf wurde hiernächst von dem Ausschusse der nun erfolgenden nähern Berathung zum Grunde gelegt, und wird nunmehr so wie er aus jener Berathung und einer zuvor Statt gehabten Conferenz mit den Herren Regierungscommissarien Geheime Regierungsrath Piberit und Regierungsrath Heldman hervorgegangen ist mit beigefügten Minoritäts-erachten der Versammlung überreicht.

Der

Der Hauptunterschied zwischen dem neuen Entwurfe des Ausschusses und der Regierungsvorlage und derjenige Punkt, woran vorzugsweise die Einigung mit den Herren Regierungscommissarien scheiterte, besteht darin, daß nach dem erstern die letzte entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung den Vertretern des Volkes (dem Landtage), dem Fürsten dagegen nur das Recht zusteht, die Gültigkeit der von jenen gefaßten Beschlüsse Behufs Vermeidung etwaiger Uebereilungen durch Verweigerung seiner Zustimmung für die Dauer gewisser Jahre zu hindern (s. g. suspensives Veto), nach dem letztern aber der Fürst befugt seyn soll, jene Beschlüsse durch seinen Widerspruch für alle Zeiten unwirksam zu machen, (absolutes Veto). Es ist über diesen Grundsatz bereits in einer angesehenern Versammlung, in der Deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, gekämpft worden und jeder Volksabgeordnete wird sich ein festes Urtheil schon darüber gebildet haben.

Der Ausschuß glaubt sich deshalb einer weiteren Begründung hier füglich überheben und solche passender der demnächst stattfindenden Debatte überlassen zu können.

Detmold den 24. Juli 1849.

F. Hausmann. Althof. Böhmer. Hildebrand.
Leizmann. Meyer. C. König mit dem Bemerken
jedoch, daß er durch eine in Familienangelegenheiten erforderliche Reise behindert, zufolge des betreffenden Protocolls an der Verathung wesentlicher Theile des Verfassungsentwurfs nicht Theil genommen und unter den hieraus und den gestellten Minoritätserachten sich ergebenden Vorbehalten.

Verfassungs-Entwurf.

Abchnitt I.

Vom Staatsgebiet im Allgemeinen.

Artikel 1.

Das Fürstenthum Lippe in seinen gegenwärtigen Grenzen bildet ein untheilbares unter einer und derselben Verfassung vereinigtcs Staatsgebiet.

Artikel 2.

Dasselbe ist ein Bestandtheil des Deutschen Reichs.

Die Reichsgesetze sowie die Verfügungen der Reichsgewalt erlangen ohne Weiteres im Fürstenthume verbindliche Kraft.

Artikel 3.

Die Abtrennung eines Gebietstheils, sowie eine etwaige Gebietsausgleichung mit den Nachbarstaaten erfordert die Zustimmung des Landtags.

Abchnitt II.

Von den Lippern und deren Rechten.

Artikel 4.

Das Staatsbürgerrecht wird unter den im Gesetze über das Heimathsrecht enthaltenen Bedingungen erworben und verloren.

Artikel 5.

Jeder volljährige männliche Staatsangehörige hat das volle Staatsbürgerrecht.

Artikel 6.

Die durch das Reichsgesetz vom 27. Oct. 1848 — Abschn. VI. §. 130 bis 190 — verkündeten, einen Bestandtheil der Deutschen Reichsverfassung bildenden als Anhang beigefügten Grundrechte des Deutschen Volks, werden jedem Bürger gewährleistet und bilden hinfort die Grundlage für die weitere Ausbildung des öffentlichen Rechtszustandes.

Dieselben sind als ein unzertrennlicher Bestandtheil des gegenwärtigen Staatsgrundgesetzes zu betrachten.

In Ansehung der darnach nöthigen Abänderungen und Ergänzungen der Landesgesetze ist das Einführungs Gesetz vom 10. Januar 1849 maßgebend.

Abchnitt III.

Von den Gewalten im Staate.

Artikel 7.

Die Gewalten theilen sich in die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt, und werden auf die in der Verfassung festgesetzte Weise ausgeübt.

Minoritätserachten.

Alle Gewalten gehen vom Volke aus. Sie werden auf die in der Verfassung festgesetzte Weise ausgeübt. Sie theilen sich in die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt.

Kulemann. Hausmann. Leizmann. Hildebrand.

Artikel 8.

Die gesetzgebende Gewalt steht dem Volke in Gemeinschaft mit dem Fürsten nach Maßgabe der in den folgenden Kapiteln enthaltenen Bestimmungen, die vollziehende Gewalt dem Fürsten zu. Die richterliche Gewalt wird von selbstständigen dazu eingesetzten Behörden ausgeübt.

Kapitel I.

Von der gesetzgebenden Gewalt.

Artikel 9.

Das Volk übt die gesetzgebende Gewalt durch 25, nach Maßgabe des beigefügten Wahlgesetzes gewählte Vertreter, welche Eine Kammer, den Landtag, bilden.

Artikel 10.

Der Landtag vertritt das ganze Land und seine Bewohner, deren verfassungsmäßige Rechte er zu wahren und deren Wohl er pflichtmäßig zu befördern hat.

Arti-

Artikel 11.

Die Landtagsabgeordneten können ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben.

Artikel 12.

Sie haben bei der Berathung und Abstimmung lediglich ihrer Ueberzeugung und ihrem Gewissen zu folgen, und dürfen sich an keine Instruction binden.

Artikel 13.

Die Abgeordneten sind wegen ihrer, in der Landtagsversammlung gethanen Aeußerungen außer dem Landtage unverantwortlich. Sie können wegen ihrer Abstimmungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Artikel 14.

Auch können dieselben während der Dauer des Landtags, außer bei Ergreifung auf frischer That, ohne Zustimmung des Landtags nicht in Untersuchung oder Haft gezogen werden.

In jenem Falle ist sofortige Anzeige zu machen, und die Fortdauer der Haft von der Zustimmung des Landtags abhängig.

Letzteres gilt auch für den Fall, daß der zum Abgeordneten Erwählte sich bereits in Haft befand.

Artikel 15.

Niemand ist zur Annahme einer Wahl verpflichtet, auch steht es einem Abgeordneten frei, sein Amt zu jeder Zeit niederzulegen.

Artikel 16.

Ein Beamter, welcher zum Volksvertreter gewählt ist, bedarf keines Urlaubs. Es genügt eine Anzeige bei der vorgesetzten Behörde. Für die Stellvertretung hat der Staat Sorge zu tragen.

Minoritätsbericht.

Für die Stellvertretung hat nöthigenfalls der Staat Sorge zu tragen, jedoch auf Kosten des Erwählten:

Meyer, Böhmer, Kulemann.

Artikel 17.

Die Landtagsabgeordneten werden auf die Dauer von 3 Jahren gewählt, nach deren Ablauf eine allgemeine Neuwahl stattfindet, worin dieselben wieder wählbar sind.

Minoritätsbericht.

Auf die Dauer von 4 Jahren.

Böhmer.

Artikel 18.

Sobald ein Abgeordneter von der Regierung ein besoldetes Amt oder eine Beförderung in demselben annimmt, hat er sich einer Neuwahl zu unterwerfen.

Artikel 19.

Die erwählten Volksvertreter verlieren diese ihre Eigenschaft, sobald Umstände eintreten, welche ihre Wahl von vorn herein unzulässig gemacht haben würden.

Artikel 20.

In allen Fällen, wo vor dem Ablaufe der Landtagsperiode ein Mitglied ausfällt, ist sofort eine Neuwahl anzuordnen.

Artikel 21.

Der Landtag wird regelmäßig Anfangs Juni jedes Jahrs und im Uebrigen, so oft es der Fürst zur Erledigung wichtiger und dringender Landesangelegenheiten nöthig erachtet, zusammenberufen.

Minoritätserachten.

Der Landtag wird regelmäßig alle 2 Jahre im Monat Juni berufen u. Böhmer.

Artikel 22.

Erfolgt diese Einberufung nicht zur vorgeschriebenen Zeit, so kann nach Ablauf von 4 Wochen der Landtag auf Einladung des Präsidenten aus eigener Machtvollkommenheit zusammentreten.

Artikel 23.

Außerdem tritt bei einem Regierungswechsel der Landtag, auch wenn er nicht besonders einberufen werden sollte, zusammen, um das von dem neuen Staatsoberhaupte auszustellende Gelöbniß entgegen zu nehmen und die etwa sonst nöthigen Anordnungen zu treffen.

Artikel 24.

Sonstige eigenmächtige Landtage, mit Ausnahme der in den §§. 22. 23. 57 und 105 vorgesehenen Fälle, sind verfassungswidrig und die in ihnen gefaßten Beschlüsse sind nichtig. Die Abhaltung von sogenannten Deliberationstagen ist aber dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 25.

Die Einberufung des Landtages geschieht durch ein im Regierungsblatte zu veröffentlichendes Ausschreiben.

Artikel 26.

Die Landtagsabgeordneten versammeln sich zur bestimmten Zeit in dem Landschaftlichen Locale zu Detmold, und schreiten unter dem Vorstehe des Alterspräsidenten zur Prüfung der Wahlen, worüber die Entscheidung allein dem Landtage zusteht.

Artikel 27.

Nach vollzogener Prüfung, insofern sich wenigstens die Wahlen von 17 Mitgliedern unbeanstandet hergestellt haben, erwählt die Versammlung mit absoluter Stimmenmehrheit und auf die Dauer von 4 Wochen einen Präsi-

Präsidenten, Vicepräsidenten und die Schriftführer, und ordnet sodann dasjenige an, was sonst noch zur Vervollständigung ihres Bureaus erforderlich ist. Bis dahin fungirt das jüngste Mitglied als Schriftführer.

Artikel 28.

Nach so geschehener Constituirung wird der Regierung Behuf der Eröffnungs-Feier durch den Fürsten oder dessen Bevollmächtigten Anzeige erstattet.

Artikel 29.

Jeder Abgeordnete hat folgenden Eid zu leisten:

Ich gelobe Aufrechthaltung der Staatsverfassung und unverbrüchliches Streben für die Landeswohlfahrt, so wahr ic.

Minoritätserachten.

Ich gelobe ic. Treue dem Fürsten als verfassungsmäßigen Staatsoberhaupte ic.
Böhmer.

Artikel 30.

Der Präsident leistet diesen Eid in die Hände des Fürsten, oder dessen Stellvertreters, die übrigen Abgeordneten in die Hände des Präsidenten.

Artikel 31.

Die Wiederholung einer solchen Verpflichtung findet bei einem und demselben Abgeordneten, falls er später von Neuem erwählt wird, nicht statt; vielmehr genügt die Verweisung auf den früher abgelegten Eid.

Artikel 32.

Die Sitzungen des Landtages sind öffentlich. Geheime Sitzungen können ausnahmsweise, in Folge eines von $\frac{2}{3}$ der Anwesenden gefaßten Beschlusses stattfinden.

Artikel 33.

Die Zuhörer dürfen die Ruhe in den Versammlungen nicht stören und haben sich den Anordnungen des Präsidenten zu fügen.

Artikel 34.

Der Präsident und im Falle seiner Abwesenheit oder Verhinderung der Vicepräsident führt den Vorsitz in den Versammlungen, hält auf Ordnung in denselben, leitet die Verhandlungen und ist nach Außen hin der Vertreter der Versammlung. An ihn gelangen zunächst alle für den Landtag bestimmten Eingaben, so wie er denn auch alle auszufertigenden Verfügungen, Erlasse und Erklärungen Namens des Landtags unterzeichnet.

Artikel 35.

Den Schriftführern liegt die Besorgung des Protocolls sowie die Aufsicht der Registratur und das Expeditionsgeschäft ob.

Artikel 36.

Die über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Landtags
auf

aufzunehmenden Protocolle sollen in geeigneter Weise sofort durch den Druck veröffentlicht werden.

Artikel 37.

Während der Dauer des Landtages übt dieser selbst wegen unwürdigen Benehmens seiner Mitglieder das Strafrecht gegen dieselben aus, und kann im äußersten Falle die Ausschließung verfügen. Dieß darf jedoch nur geschehen, wenn wenigstens $\frac{2}{3}$ der Stimmen sich dafür aussprechen.

Minoritätsverachten.

Der fernere Inhalt des Artikels nach den Worten „gegen dieselben aus“ fällt weg.
Hildebrand, Meyer, Leizmann, Kulemann.

Artikel 38.

Um berathen und beschließen zu können müssen wenigstens 17 Abgeordnete zusammen sein.

Zu einem gültigen Beschlusse ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der Gegenstand in der nächsten Sitzung nochmals zur Abstimmung zu bringen und falls sich auch dann keine Majorität herausstellt, der Antrag für abgelehnt zu achten.

Zur Vornahme von Wahlen, falls solche nicht den Präsidenten, Vicepräsidenten, die Schriftführer oder den Landtags-Archivar betreffen, genügt die relative Stimmenmehrheit.

Artikel 39.

Der Landtag selbst bestimmt die Art und Weise, wie er seine Arbeiten erledigt.

Das Nähere darüber, sowie über die Functionen, und die Wahl der einzelnen Beamten, besagt die Geschäftsordnung.

Artikel 40.

Das lehtgewählte Bureau des Landtags bleibt eventuell bis zur Neuwahl für alle Zeit in Function.

Artikel 41.

Der Landtag verhandelt in Landesangelegenheiten nur mit der Regierung.

Die Mitglieder der letzteren, so wie andere vom Fürsten ausdrücklich ernannte Landtags-Commissarien sind berechtigt, den Landtags-Sitzungen beizuwohnen.

Es ist ihnen, falls sie solches verlangen, am Schlusse einer jeden Rede das Wort zu gestatten.

Artikel 42.

Dagegen kann auch der Landtag verlangen, daß wenigstens Ein Mitglied der Regierung in den Sitzungen gegenwärtig sei, um den etwa erforderlichen Aufschluß zu ertheilen.

An

An den Commissionsberathungen nehmen die Regierungsmitglieder und Landtagscommissarien nur auf besondere an sie ergehende Einladung Theil.

Artikel 43.

Der Landtag ist befugt, Beschwerden, Anträge und Gesuche der Landesbewohner entgegen zu nehmen und dieselben bei dem Fürsten oder der Regierung zu befürworten. Die Letztere ist zu einer baldigen Erwiderung darüber verbunden.

Artikel 44.

Dergleichen Eingaben dürfen dem Landtage während der Sitzung nicht persönlich eingereicht, sondern müssen an den Präsidenten gerichtet oder von einem Landtagsabgeordneten vorgelegt werden.

Artikel 45.

Der Landtag kann verlangen, daß die Regierung auf etwaige, in Verwaltungs- und Staatsangelegenheiten von einzelnen Mitgliedern an sie gestellte Anfragen (Interpellationen) in einer der nächsten Sitzungen Antwort ertheilt.

Artikel 46.

Dem Landtage steht das Recht der Beschwerdeführung über Mängel und Mißbräuche in der Landesverwaltung, so wie über ein gesetzwidriges Verfahren der Behörden zu.

Er kann sowol die Regierungsmitglieder in corpore als einzelne Mitglieder derselben, sowie auch andere Beamte wegen Entgegenhandlung gegen die Verfassung oder die Gesetze anklagen. Jene sind bei dem Reichsgerichte, und so lange solches nicht ins Leben getreten ist, beim Oberappellationsgerichte zu Wolfenbüttel, diese bei dem zuständigen Landesgerichte zu belangen.

Artikel 47.

Der Landtag hat das Recht, Gesetzesvorschläge zu machen, vollständige Gesetzentwürfe einzubringen und darüber Beschluß zu fassen.

Artikel 48.

Die von der Regierung etwa vorzulegenden Gesetzesvorschläge sind vorher zu veröffentlichen.

Artikel 49.

Zur Aufhebung, Abänderung und authentischen Auslegung alter, sowie zur Erlassung neuer Gesetze, ist die Zustimmung des Landtags und die Sanction des Fürsten erforderlich.

Artikel 50.

Der Fürst verkündet die Gesetze in folgenden Worten:

„Titel

„Titel des Fürsten 2c. bestätigen hiermit die nachstehenden von dem Landtage gefassten Beschlüsse und verkünden dieselben als Gesetz.“

Jene Verkündigung der Landtagsbeschlüsse muß spätestens binnen 4 Wochen durch die Gesessammlung Statt finden, widrigenfalls dieselbe als verweigert angesehen wird.

Artikel 51.

Der Fürst kann, wenn nach seinem Ermessen das Staatswohl dies gebietet, die Bestätigung und Verkündung eines Gesetz-Beschlusses verweigern, in welchem Falle dann der Beschluß während desselben Landtags nicht wieder aufgenommen werden kann.

Wird jener verworfene Beschluß aber von zwei folgenden Landtagen, worunter mindestens ein neugewählter sein muß unverändert angenommen, ohne daß die Bestätigung erfolgt, so erhält er nach Ablauf von 4 Wochen von selbst gesetzliche Kraft.

Artikel 52.

Wird auf Antrag von 5 Mitgliedern, nach vorgängiger Berathung durch eine Commission von 7 Mitgliedern und nach angehörter Vertheidigung der Regierung bei namentlicher Abstimmung von $\frac{2}{3}$ der Versammlung dem Fürsten die Erklärung abgegeben, daß die Gesamtregierung das Vertrauen des Landes verloren habe, und dieser Beschluß auf einem aus neuen Wahlen hervorgegangenen Landtage wiederholt; so muß die Gesamtregierung entlassen werden, oder eine, die Majorität in dem Collegium verändernde, Besetzung stattfinden.

Artikel 53.

Ohne Zustimmung des Landtags dürfen weder Steuern ausgeschrieben oder erlassen, noch Staatsgut veräußert oder Anleihen gemacht werden; jedoch dürfen die erforderlichen Geldmittel, um Verpflichtungen gegen das Reich zu erfüllen, nicht verweigert werden.

Artikel 54.

Dem Landtage muß der Voranschlag über Einnahme und Ausgabe für die nächste Finanzperiode vorgelegt werden. Sollte dabei eine Verzögerung eintreten, so können die bewilligten Steuern nur noch 3 Monate forterhoben werden.

Artikel 55.

Der Landtag hat die Landes-Finanz-Verwaltung zu controliren. Das Nähere bestimmt das Finanzgesetz. —

Minoritätserachten.

Ursprüngliche Fassung: Der Landtag hat die Landes-Finanz-Verwaltung zu controliren. Das Nähere bestimmt das Finanzgesetz. — Es sind ihm zu dem Ende die

die bereits abgenommenen und festgestellten Rechnungen der verschiedenen Landescassen vorzulegen, damit er sich von der ordnungsmäßigen Verwendung der bewilligten und erhobenen Gelder überzeuge.
Hausmann.

Artikel 56.

Nachdem der Landtag seine Arbeiten erledigt hat, wird derselbe durch Verlesung eines zuvor mitzutheilenden Landtagsabschiedes vom Fürsten oder einem Bevollmächtigten desselben geschlossen.

Artikel 57.

Der Fürst kann nach seinem Ermessen den Landtag auch auflösen; in welchem Falle aber innerhalb 3 Tagen die Anordnung einer neuen Wahl und spätestens binnen 3 Monaten die Zusammenberufung des Landtages erfolgen muß.

Geschieht dieß nicht, so treten die Neuerwählten, oder sofern die neuen Wahlen noch nicht vollzogen sein sollten, die zuletzt versammelt gewesenen Vertreter zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Landes aus eigener Machtvollkommenheit zusammen.

Artikel 58.

Der Fürst kann den Landtag, jedoch nur mit dessen Zustimmung, auf höchstens 6 Wochen vertagen. Imgleichen kann der Landtag aus bewegenden Gründen und auf vorgängige Anzeige beim Fürsten für jene Zeit sich selbst vertagen.

Artikel 59.

Die Landtagsabgeordneten beziehen während der Dauer des Landtags, mit Einschluß des Tags der Hin- und Zurückreise, eine Gebühr von täglich 3 Rthl.

Kapitel 2.

Von der vollziehenden Gewalt.

A. Von dem Fürsten und dem Fürstlichen Hause.

Artikel 60.

Der Fürst ist Oberhaupt des Staats und übt alle Rechte der Staatsgewalt auf verfassungsmäßige Weise aus.

Seine Person ist unverleßlich und unverantwortlich.

Artikel 61.

Die Nachfolge in der Regierung vererbt sich im Mannsstamme des regierenden Fürstlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der Linealfolge.

Artikel 62.

Der Fürst und der präsumtive Thronfolger oder Erbprinz werden mit vollendetem 21sten Lebensjahre volljährig und regierungsfähig.

Artikel 63.

Ist der Fürst minderjährig oder aus andern Gründen an der Ausübung der Regierungsrechte verhindert, so tritt für die Dauer jener Verhinderung eine Regentschaft ein.

Artikel 64.

Dieselbe gebührt, wenn nicht von dem Regierungs-Vorgänger mit Zustimmung des Landtags eine andere Verfügung deshalb getroffen ist, zunächst der leiblichen Mutter, würde sich dieselbe nicht mehr am Leben befinden oder anderweit vermählt oder sonst verhindert sein, dem in der Erbfolge zunächststehenden volljährigen und regierungsfähigen Prinzen.

Artikel 65.

Würde es an einer zur Regentschaft berechtigten oder befähigten Person fehlen, so steht dem Landtage die Wahl zu.

Artikel 66.

Ueber die Nothwendigkeit einer bei Lebzeiten des Fürsten anzunehmenden Regentschaft hat der Landtag zu entscheiden.

Artikel 67.

Der Regentschaft steht in allen Fällen ein aus 3 Mitgliedern bestehender Regentschaftsrath zur Seite, von welchem der Regent das Eine, die beiden andern der Landtag ernennt.

Artikel 68.

Zu allen Regierungshandlungen bedarf der Regent der Zustimmung des Regentschaftsrathes.

Artikel 69.

Im Uebrigen übt der Regent die Staatsgewalt, wie sie dem Fürsten selbst zusteht, in dessen Namen aus. Es liegen ihm auch dieselben Pflichten ob.

Artikel 70.

Derselbe führt zugleich die Vormundschaft über den minderjährigen Fürsten und dessen minderjährige Geschwister.

Artikel 71.

Bei jedem Regierungswechsel stellt der Fürst oder Regent, bevor er die Regierung antritt, vor dem sofort zu berufenden Landtage ein schriftliches Gelöbniß aus: daß er die Verfassung unverbrüchlich aufrecht erhalten und in Gemäßheit derselben sowie nach den Gesetzen regieren wolle.

Artikel 72.

Bevor jenes Gelöbniß abgelegt, ist der Regent zur Ausübung der Regierung

gierung oder Regentschaft nicht befugt, und werden in der Zwischenzeit die verfassungsmäßigen Regierungsgewalten von der Regierung unter deren Verantwortlichkeit im Namen des Volkes ausgeübt.

Artikel 73.

Der Fürst übt die ihm allein zustehende vollziehende Gewalt durch seine dem Volke verantwortlichen Minister auf verfassungsmäßige Weise. Seine Regierungshandlungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens Einem Mitgliede der Regierung.

Artikel 74.

Der Fürst besetzt alle Staatsämter, soweit dieß nicht in der Verfassung ausdrücklich beschränkt ist. Er leitet und überwacht die gesammte innere Staatsverwaltung.

Artikel 75.

Derselbe vertritt ferner das Land nach Außen und ist ermächtigt, unter Zustimmung des Landtages Staatsverträge mit auswärtigen Staatsregierungen abzuschließen, insofern solches nach den Bestimmungen der Deutschen Reichsverfassung zulässig ist.

Artikel 76.

Der Fürst unterhält die Beziehung zu der Reichsgewalt und, soweit die Reichsverfassung nicht im Wege steht, zu andern Staaten durch Abordnung von Bevollmächtigten.

Artikel 77.

Der Fürst führt den Oberbefehl über die bewaffnete Macht und verfügt über dieselbe, soweit sie nicht für den Reichsdienst in Anspruch genommen wird.

Artikel 78.

Derselbe übt das Recht der Begnadigung, sowie der Niederschlagung anhängiger Untersuchungen; in Fällen, wo vom Landtage gegen Mitglieder der Regierung oder andere Staatsbeamte wegen Verletzung der Verfassung oder der Landesgesetze Anklage erhoben wird, kann dieß aber nur mit Zustimmung des Landtages geschehen.

Artikel 79.

Dem Fürsten steht die Sanction und Publication der Gesetze, so wie das Recht zu, dem Landtage Gesetzes-Vorlagen zu machen.

Artikel 80.

Er hat ferner das Recht, den Landtag zu berufen, zu entlassen, und unter den in der Verfassung ausgesprochenen Beschränkungen zu vertagen oder aufzulösen, und überhaupt diejenige Theilnahme an der Gesetzgebung, welche in den §§. 47 51 und 58 näher bestimmt ist.

Artikel 81.

Der Fürst darf den Sitz der Staatsregierung nicht außer Landes verlegen, ohne Zustimmung des Landtages dort seinen wesentlichen Aufenthalt nicht nehmen und nicht in den Dienstpflichten eines andern Staates stehn.

Artikel 82.

Nachdem die Verhandlungen über die Trennung des Staatshaushalts vom Domänenhaushalte ihre Erledigung gefunden haben werden, soll die Bestimmung über die finanzielle Stellung des Fürsten in das Staatsgrundgesetz mit aufgenommen werden.

Artikel 83.

In seinen privatrechtlichen Beziehungen giebt und nimmt der Fürst vor den ordentlichen Landesgerichten Recht.

B. Von der Regierung.

Artikel 84.

Die Regierungsmitglieder sind dem Lande für die getreue Beachtung der Verfassung und der Landesgesetze verantwortlich.

Artikel 85.

Die Verantwortlichkeit für die Beschlüsse und Amtshandlungen des Collegiums trifft jedes Mitglied, welches daran Theil genommen und nicht durch ein zu den Acten gegebenes Separatvotum ausdrücklich dagegen sich verwahrt hat. Insbesondere hat jedes Mitglied die Verantwortung für die von ihm unterzeichneten Verfügungen zu übernehmen.

Artikel 86.

Gegen das ganze Regierungs-Collegium oder einzelne Mitglieder desselben kann von dem Landtage wegen einer Verletzung der Verfassung oder der Landesgesetze beim Reichsgerichte eine Anklage erhoben werden.

Die Art und Weise der Anklage sowie die zuständige Behörde wird ein besonderes Gesetz ordnen, bis wohin das Oberappellationsgericht zu Wolfenbüttel zuständig ist.

Artikel 87.

Die Mitglieder der Regierung sind berechtigt, den Versammlungen des Landtages beizuwohnen, desgl. auch verpflichtet, den Ausschuß-Versammlungen auf Ersuchen entweder in Person oder durch Commissaire die gewünschte Auskunft zu ertheilen.

Artikel 88.

Die Regierung muß in jeder Landtagsitzung durch wenigstens Ein Mitglied vertreten seyn.

Arti-

Artikel 89.

Ueber die Stellung der in Folge eines Misstrauensvotums entlassenen Minister entscheidet das Staatsdienergesetz; worin überhaupt die Dienstverhältnisse auch der übrigen Staatsdiener noch näher geordnet werden.

C. Von der Finanz-Verwaltung.

Artikel 90.

Zur Einführung neuer, sowie zur Aenderung und Forterhebung der bestehenden Steuern, nicht minder auch zur Aufnahme neuer Landesschulden ist die Zustimmung des Landtages erforderlich.

Artikel 91.

Die betreffenden Schuldburkunden müssen von den gesammten Regierungs-Mitgliedern, so wie von dem Präsidenten des Landtags unterzeichnet werden.

Artikel 92.

Die Finanzperiode währt Ein Jahr, und wird der Voranschlag von dem Landtage bewilligt. Diese jedesmalige Bewilligung ist als ein besonderes Gesetz anzusehen. Nach Ablauf der Finanzperiode wird dem Landtage über die Verwaltung und Verwendung Rechnung abgelegt.

Artikel 93.

Das Genauere hierüber, sowie über den Beitrag der Staatsangehörigen zu den Staatslasten, also die Steuerverfassung, wird ebenfalls in einem besonders zu erlassenden Gesetze festgesetzt.

D. Von der bewaffneten Macht.

Artikel 94.

In Ansehung der Verpflichtung der Staatsangehörigen zur Vertheidigung des Vaterlandes sind die betreffenden Bestimmungen der Reichsverfassung maßgebend.

Artikel 95.

Die bewaffnete Macht besteht aus dem stehenden Heere und der Volkswehr.

Artikel 96.

Der Regent hat als solcher den Oberbefehl über die gesammte Militärmacht.

Artikel 97.

Die Größe des Contingents, soweit solche nicht durch die Reichsgewalt gefordert wird, ist von der Zustimmung des Landtags abhängig.

Ar=

Artikel 98.

Die Organisation der Volkswehr, beziehungsweise die Abänderung des bestehenden Wehrmannsgesetzes durch ein besonders zu erlassendes Gesetz wird vorbehalten.

Kapitel 3.

Von der richterlichen Gewalt.

Artikel 99.

In Ansehung der Rechtspflege gelten die in den Grundrechten des Deutschen Volks enthaltenen Bestimmungen.

Artikel 100.

Die Behuf Einführung derselben nothwendig gewordene Umgestaltung der bis jetzt bestehenden Gerichtsverfassung bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Abchnitt IV.

Von der Gewährleistung und Abänderung der Verfassung.

Artikel 101.

Der Regent leistet beim Antritte seiner Regierung das im S. 71 vorgeschriebene Gelöbniß über die Aufrechterhaltung der Verfassung.

Artikel 102.

Alle Staatsdiener, sowie die gesammte bewaffnete Macht, werden auf die Verfassung beeidigt.

Artikel 103.

Wird der Landtag gewaltsamer Weise aufgehoben, so ist derselbe befugt, sich an jedem Orte des Fürstenthums zu versammeln und durch einen Beschluß von $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit die Forterhebung der bewilligten Steuern zu sistiren.

Artikel 104.

Dem Landtage sowie dem Fürsten steht es zu: eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes zu beantragen, so weit solches nach den Bestimmungen der Reichsverfassung zulässig ist. Wenn einer solchen auf zwei, aus verschiedenen Wahlen hervorgegangenen, Landtagen beschlossenen Abänderung vom Fürsten die Sanction verweigert wird, so muß jener Beschluß binnen 6 Monaten der Gesamtheit derjenigen Staatsbürger, welche zur Wahl von Landtagsabgeordneten berechtigt sind, in den einzelnen Wahlbezirken vorgelegt werden.

Nimmt

Nimmt die Majorität der Wahlberechtigten den Beschluß an, so kann der Fürst die Bestätigung desselben nicht verweigern. Erfolgt diese dennoch nicht binnen 4 Wochen, so erhält der Beschluß von selbst gesetzliche Kraft.

I. Minoritätserachten.

Der Artikel ist von „Wenn“ an zu streichen.

E. König.

II. Minoritätserachten.

Abänderungen der Verfassung, soweit solche nach den Reichsgesetzen zulässig sind, können durch $\frac{2}{3}$ der Stimmen des Landtags beschlossen werden.

Das Recht des Fürsten bleibt nach Maßgabe des Artikel 51 vorbehalten,
Meyer. Böhmer. Althof.

Abschnitt V.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 105.

Alle dieser Verfassung entgegenstehenden Bestimmungen und Gesetze sind aufgehoben.

Artikel 106.

Die in der gegenwärtigen Verfassung vorbehaltenen, sowie die zur Durchführung der Grundrechte, namentlich auch in Beziehung auf das Schul- und Kirchenwesen erforderlichen, Gesetze müssen in möglichst kurzer Zeit erlassen werden.

Artikel 107.

Das nach Art. 71 erforderliche Gelöbniß wird auch von dem jetzt regierenden Fürsten nach erfolgter Sanction dieser Verfassung abgegeben werden.

Artikel 108.

Falls die dem gegenwärtigen Staatsgrundgesetze unterliegende Deutsche Reichsverfassung nicht sollte ins Leben treten, so kann die Unterordnung unter eine andere Gewalt, sobald irgend eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Rechte des Volks dadurch herbeigeführt wird, nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen.
